

Lernen, das Richtige im Falschen zu versuchen

Politische Selbstorganisation als Teil radikaler Demokratie

Julia Edthofer

Utopia is on the horizon: I walk two steps, it takes two steps back. I walk ten steps and it is ten steps further away. What is utopia for? It is for this, for walking. What then is theory for? It is a question that is best answered through walking, through a constant process of circulation and movement that we begin here, following in the footsteps of many who have come before us.

(David Graeber and Stephen Shukaitis: Constituent Imagination)

In meinem Beitrag werden systemkritische politische Selbstorganisation und deren Implikationen am Beispiel neuer sozialer Bewegungen diskutiert. Dabei werden neue Widerstandsformen, die sich gegen zunehmende Prekarisierungstendenzen und -prozesse richten, in den Blick genommen und aus zwei analytischen Perspektiven zur Diskussion gestellt: einerseits als Beitrag zu »radikaler Demokratie« (Mouffe/Laclau 1985) auf gesellschaftlicher Makroebene und damit auch als Versuch einer politischen Hegemoniebildung¹ im Postfordismus. Andererseits werden die direkten Praktiken der Selbstorganisation (Ablauf von Plenarsitzungen, Aushandlungsstrategien in der Gruppe etc.) als Bestandteil radikaler Demokratie auf einer gesellschaftlichen Mikroebene diskutiert. Abschließend wird nach dem möglichen Beitrag gefragt, den sozialwissenschaftliche Forschung zu politischer Aktion leisten kann.

Widerstand aus der Organisierungsperspektive

Seit 2001 entwickelt sich mit dem in Europa entstandenen MayDay-Netzwerk eine neue Form des zivilgesellschaftlichen Protests, der sich gegen zunehmend prekarierte Lebens- und Arbeitsverhältnisse richtet. Ein wichtiges Element der MayDay-Organisierungsform ist die Anerkennung der Tatsache, dass es sich bei den von Prekarisierung Betroffenen um heterogene Gruppierungen mit unterschiedlichen Problemen, Bedürfnissen und daher auch Forderungen handelt, die durch traditionelle gewerkschaftliche Vertretungen nicht abgedeckt werden. So sind Personen, die aus so genannten »Drittstaaten« kommen, auf ganz andere Weise von Prekarisierung betroffen und anderen Repressionen ausgesetzt als Personen mit einer EU-StaatsbürgerInnenschaft; gleiches gilt für so genannte »Langzeitarbeitslose« und gerade von der Uni kommende AkademikerInnentrainees. Das MayDay-Netzwerk soll eine Plattform für die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Formen und Ziele des Widerstands bieten. Darüber hinaus werden nicht nur die Verhältnisse an und für sich, sondern auch die veränderten gesellschaftlichen Diskurse über Arbeit (verstärkte »Aktivierung« arbeitsloser Personen, Flexicurity, etc...) thematisiert, um Gegendiskurse aufzuzeigen und zu etablieren. Damit stellt sich die Frage, ob die neu entstehenden Widerstandsformen, die sich gegen Prekarisierung richten, Teil einer Äquivalenzket-

tenbildung im Sinne von Mouffe/Laclau (1985) sein können. Aufbauend auf Gramscis Hegemoniekonzept geht es bei Äquivalenzketten um die Artikulation eines »gemeinsamen Nenners« heterogener Proteste und diese Möglichkeit ist eine der Fragen, die in dem Artikel aufgeworfen werden. Sicher ist, dass es sich um Widerstandsformen gegen postfordistische, also kapitalistische Arbeitsverhältnisse und der diskursiven Legitimierung derselben handelt, und dass die Organisationsform der meisten Initiativen mit ihrer konsensorientierten, direktdemokratischen Plenarstruktur einer Organisationsform entspricht, die vorherrschenden gesellschaftlichen Machtstrukturen entgegensteht und daher als Möglichkeit zur Entwicklung von »Anti-Macht« (Holloway 2006a) bezeichnet werden kann. Das Konzept der Anti-Macht ist dabei als ein radikales Infragestellen gesellschaftlicher Machtstrukturen und diskursiv etablierter »Gewissheiten« (wie z. B. die neoliberale Hegemonie) durch veränderte Praxis/Praktiken zu verstehen.

Bei den beschriebenen Organisationsformen finden in regelmäßigen Abständen Plenarsitzungen statt, in denen die Aktionsformen, Organisatorisches, Probleme in der Gruppe etc. besprochen und gemeinsam Handlungsstrategien ausgearbeitet werden sollen. Ähnliche Organisationsstrukturen und auch Ziele wie die oben beschriebenen May-Day-Netzwerke weisen auch andere Projekte auf, die nach direktdemokratischen und konsensorientierten Prinzipien organisiert sind. Der Großteil der Initiativen, die so genannten neuen sozialen Bewegungen zuzuordnen sind, lässt sich darunter subsumieren und dies macht eine Beforschung der demokratiepolitischen Implikationen dieser Organisationsform interessant. Militante ethnographische Untersuchungen² könnten die prinzipielle Möglichkeit einer hierarchiefrei(er)en Organisationsform ausloten, andererseits auch die Frage nach deren möglicher Funktionsweise stellen. Neben den Gruppenprozessen könnten in einer militanten Untersuchung auch politische Subjektivierungsformen in den Blick genommen werden, handelt es sich doch um die hegemoniale Wandlung von Subjektpositionen zu widerständigen Subjekten (vgl. Laclau 1999; 2002).

Anarchismus als Grounded Theory der Selbstorganisation und sein Verhältnis zu radikaler Demokratie

Im folgenden wird neuere anarchistische Theorie als »Grounded Theory« der direktdemokratischen, konsensorientierten Selbstorganisation diskutiert und als analytisches Werkzeug für eine Beschäftigung mit radikaldemokratischen Organisationsformen auf einer Mikroebene vorgeschlagen. Grounded Theory bezeichnet einen qualitativen Forschungszugang, der sich auf die Erhebung und Auswertung von Daten bezieht, an deren Ende eine gegenstandsbezogene Theorie generiert werden soll. Es handelt sich dabei also um einen Zugang, der aus dem untersuchten Gegenstand Theorien mittlerer Reichweite entwickelt, die zu einem speziellen Zeitpunkt in einem speziellen Setting entstehen und daher nur beschränkt generalisiert werden können. Die Daten erzeugen hier sozusagen die Theorie, die daher nicht wie in vielen anderen Forschungszugängen am Anfang steht, um dann veri- bzw. falsifiziert und gegebenenfalls verändert zu werden.

In der (post-)marxistisch orientierten Analyse des Veränderungspotenzials neuer sozialer Bewegungen ab den 1970er Jahren werden demokratietheoretische Fragen relevant und anarchistische Ansätze fließen in die Diskussion ein (z. B. Castoriadis,

Korsch, Lefort, Lukács, oder aktueller: Holloway). Obwohl der Anarchismus augenscheinlich meist einem Phänomen zum Opfer fiel, das Foucault »Diskurspolizei«³ nennt, lassen sich diese libertären Fragmente ausmachen und behandeln meist die mikrostrukturelle Handlungsebene sowie demokratietheoretische Fragen.

Mouffe/Laclau setzen sich in ihrem Buch »Hegemonie und radikale Demokratie« (1991; Original: 1985) mit »blinden Flecken« marxistischer Gesellschaftsanalyse im Verlauf des 20. Jahrhunderts auseinander und nehmen als Ausgangspunkt ihrer Analyse die fehlende Auseinandersetzung mit der Heterogenität der »ArbeiterInnenklasse« bzw. mit deren Ausdifferenzierung in unterschiedlichste Fraktionen. Die AutorInnen beschäftigen sich mit dem Phänomen »neue soziale Bewegungen« und dies schließt auch die Auseinandersetzung mit Widerständen und deren ProtagonistInnen mit ein, deren Motivation zu systemkritischem, politischem Handeln aus einer sozialistischen Perspektive nicht (nur) aufgrund der Zugehörigkeit zur »ArbeiterInnenklasse« entsteht. Da neuere anarchistische Theorie als Organisations- bzw. Demokratietheorie definiert werden kann, die sich mit basisdemokratischen, konsensorientierten Gruppenprozessen auseinander setzt (Burnicki 2002, Graeber 2004), wird hier die These vertreten, dass sie anschlussfähig für (post-)marxistische demokratietheoretische Modelle wie z. B. Mouffe/Laclaus Konzept der radikalen Demokratie sind. Die (post-)marxistische Analyse heterogener Widerstände im Rahmen neuer sozialer Bewegungen beschäftigt sich mit dem Konzept »radikaler Demokratie« (Mouffe/Laclau 1985) und Fragen zu möglichen Äquivalenzkettenbildungen, gesellschaftlichen Antagonismen etc..

Die weiterführenden Auseinandersetzungen im Anschluss an die radikaldemokratische Idee fokussieren auf Subjektpositionen (Laclau 2002) oder Fragen der Repräsentation, Souveränität etc. (Marchart 2005). Damit bewegen sie sich immer auf einer gesellschaftlichen Makroebene. Anarchistische Theorie hingegen nimmt die Mikroebene in den Blick und beschäftigt sich mit direktdemokratischen und konsensorientierten Entscheidungsmodellen bezogen auf kleinere soziale Einheiten. Damit kann sie an einem Punkt anschließen, zu dem die marxistische Demokratietheorie nicht viel beiträgt – nämlich der Analyse radikaldemokratischer Praktiken auf der Mikroebene und der Entwicklung einer gegenstandsbezogenen Theorie dazu (Burnicki 2002, Graeber 2004, Graeber/Shukaitis 2007). Anhand der Darstellung dreier theoretischer Ansatzpunkte soll diese These über die mögliche Ergänzung von marxistischer Makro- und anarchistischer Mikroperspektive dargestellt werden. Die ersten beiden Beispiele sind radikaldemokratische Theorieansätze (Mouffe/Laclau 1991 und im Anschluss an die AutorInnen: Marchart 2005), das dritte ist eher auf der Handlungsebene angesiedelt und setzt sich mit Selbstorganisationspraktiken auseinander (Holloway 2006a,b).

Mouffe/Laclau unternehmen in ihrem Buch »Hegemonie und radikale Demokratie« den Versuch, das Auftauchen der heterogenen Protestformen innerhalb sozialer Bewegungen analytisch zu fassen und neue Formen der »Hegemoniebildung« zur Diskussion zu stellen, wozu sie u. a. das Konzept »radikaler Demokratie« entwickeln. Sie reagieren damit auf die Erkenntnis, dass es sich bei neuen sozialen Bewegungen um vielfältigste und zum Teil auch widersprüchliche Formen des Protestes handelt, die offen legen, dass sich die marxistische Analyse von zwei Grundannahmen verabschieden muss: zum einen werden die ProtagonistInnen des Protestes nicht nur durch ihre jeweilige Stellung im Produktionssystem zum Widerstand gebracht. Zum

anderen sind die Protestformen und -ziele heterogen und nicht in jedem Fall vorrangig auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse ausgerichtet. Die diskursanalytische Ausarbeitung marxistischer »blinder Flecken« ist sehr interessant, über die Ausgestaltung radikaler Demokratie sagen die AutorInnen allerdings wenig. Sie beschäftigen sich nicht mit der Frage, welche Organisationsstrukturen (und auch Lernprozesse) einer solchen radikalen Demokratie zugrunde liegen müssten. Daher können sie bezüglich der konkreten Umsetzung eines sozialistischen, radikaldemokratischen Projektes nicht mit Strategien aufwarten, wie eine derartige radikale Demokratie auf der Meso- und Mikroebene aussehen könnte. Demirovic nennt als Voraussetzung für radikale Demokratie die Ausweitung demokratischer Praktiken, oder anders ausgedrückt: »rationale Austragungsformen«, die die Basis für Aushandlungsprozesse auf einer Mikroebene darstellen müssten (vgl. Demirovic 2005: 62). Anarchistische, d. h. basisdemokratische und konsensorientierte Aushandlungsformen in begrenzten Gruppen könnten meiner Meinung nach eine dieser Austragungsformen darstellen. Dies ist der Punkt, an dem anarchistische Theorien als Bindeglied interessant werden, liefern sie doch theoretische Auseinandersetzungen mit verschiedenen Praktiken des Versuchs einer radikaldemokratischen Praxis auf mikrostruktureller Ebene, die einen der missing links zwischen der Theorie einer radikalen Demokratie und radikaler Demokratie als Praxis darstellen könnten.

Im Anschluss an Mouffe/Laclau stellt Marchart (2005) Überlegungen zum Verhältnis von Repräsentation, Souveränität und radikaler Demokratie an und kritisiert beispielsweise Hardts und Negris Souveränitätskritik, die sich gegen Repräsentationspolitiken richtet und damit auch einen direktdemokratischen Ansatz beinhaltet, als apolitisch und »anarcho-individualistisch« bzw. »anarcho-multitudesk«. Einerseits würde Repräsentation negiert, andererseits das Auftreten gesellschaftlicher Antagonismen, die das Politische ausmachen würden. Diese »Vorstellung einer Welt völliger Immanenz (...) würde das Ende von Politik, Repräsentation und letztendlich Demokratie bedeuten« (Marchart 2005: 90). Das Konzept einer sich selbst repräsentierenden »Multitude« als politische Akteurin ist tatsächlich kritisierbar – es lässt keinen Raum für Überlegungen zu Hegemonie und Äquivalenzkettenbildungen. Ebenso ist die Vorstellung einer sich selbst transparenten Gesellschaft tatsächlich ein »Phantasma« (ebd. 93), allerdings werden bei dem operaistischen Ansatz von Hardt/Negri auch Überlegungen über radikaldemokratische Organisationsformen auf einer gesellschaftlichen Mikroebene angestellt. Gleiches gilt für andere anarchistische Demokratieansätze: Was Marchart pauschal als »Ende von Demokratie« abtut, ist bezogen auf kleinere soziale Einheiten als eine vorstellbare *Funktionsweise* radikaler Demokratie zu bezeichnen, da dieses Konzept ja eine radikale Ausweitung demokratischer Praktiken in der Gesellschaft meint. Auch Marchart beschäftigt sich mit radikaler Demokratie, er lässt also die Frage nach konkreter demokratischer Praxis nicht außen vor und erkennt an, dass in einer radikalen Demokratie der »Status der Souveränität« durch neue demokratische Praktiken geschwächt werden sollte. Er schließt dabei direkte Demokratieformen als Durchsetzungsstrategie aus, da sie auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene impraktikabel sind, stellt dann aber keine weiterführenden Überlegungen dazu an, wie diese neuen demokratischen Praktiken aussehen sollten (ebd. 93f). Es findet sich ein Hinweis auf konkrete Strategien indem angemerkt wird, dass radikale Demokratie ein »Element des Aktivismus« beinhalten müsse und die »neuen sozialen Bewegungen dieser Forderung viel stärker entspre-

chen als (...) Parteien, Gewerkschaften etc.« (ebd. 95). Ein Blick auf neue soziale Bewegungen zeigt allerdings, dass der Großteil nach direktdemokratischen und konsensorientierten Prinzipien organisiert ist (della Porta 2006: 20f.). An anderer Stelle diskutiert Marchart auch genau dieses radikaldemokratische Potenzial sozialer Bewegungen anhand des »Global Justice Movement« und aus diesem Grund erstaunt die völlige Ablehnung einer gegenstandsbezogenen Theorie dazu (vgl. Marchart 2004). Der stark kritisierte anarchistische Ansatz ist ein handlungstheoretisches Modell, das die Demokratietheorie zu eben diesen direktdemokratischen und konsensorientierten (oder anders formuliert: radikaldemokratischen) Organisationsformen bietet und operiert demnach vornehmlich auf einer gesellschaftlichen Mikroebene. Dies aus einer marxistischen makrostrukturellen Perspektive als komplett »antidemokratisch« zu kritisieren trifft nicht den Kern der Sache und ist meiner Ansicht nach konkreter politischer Arbeit auch nicht zuträglich. Es stellt sich die Frage, ob die überbordende Kritik an der »utopischen«, »apolitischen« oder »anarcho-multitudesken« Gesellschaftsanalyse (vgl. z. B. auch Watson 2005) nicht u. a. darauf zurück zu führen ist, dass schlichtweg zwei verschiedene Ebenen in den Blick genommen werden, ohne diese analytisch zu trennen.

Der letzte hier diskutierte Ansatz ist John Holloways Auseinandersetzung mit hierarchiefrei(er)en Selbstorganisationspraktiken als Praktiken, durch die »Anti-Macht« konstituiert wird (Holloway 2006 a, b). Die Zapatistas dienen John Holloway dabei als die soziale Gruppe, an deren Organisationsform er seine Theorie der gesellschaftsverändernden politischen Selbstorganisation entwickelt. Er sieht im Staat kein Instrument zur Gesellschaftsveränderung und fokussiert in seinen Texten dementsprechend auf das Konzept einer sozialen Revolution – es geht ihm also um die Möglichkeit einer Bewusstseinsveränderung durch veränderte politische Praxis (oder Praktiken). Durch die Beschäftigung mit dem Begriff der »Entfremdung« (bei Holloway: »Fetischismus« und »Fetischisierung«) und der Konzeption von nicht-entfremdeten Tätigkeitsformen, die er als »kreative Macht« bezeichnet, deckt der Autor den Bereich einer möglichen, durch die Praxis entstehenden, Bewusstseinsveränderung in bezug auf die kapitalistische Vergesellschaftung theoretisch ab. Allerdings gilt auch für Holloway, dass er zwar theoretische Konzepte darstellt (Holloway 2006b), aber keine im Gegenstand verankerte Betrachtung der Mikroebene liefert; auch er setzt sich nicht mit den konkreten Organisationspraktiken oder mit Antagonismen, wie z. B. dem ungleichen Geschlechterverhältnis in zapatistischen Gemeinschaften, auseinander. Holloways Darstellung hat dadurch eine romantisierende Komponente, zusätzlich bekommen manche Passagen durch seine stellenweise starke Betonung des »Indigenen« innerhalb der Organisationsform auch einen ethnischierenden Beigeschmack. So benutzt er beispielsweise den Ausdruck »indigene Uhr«, mit der die Langwierigkeit basisdemokratischer und konsensorientierter Entscheidungsfindungen umschrieben wird (ebd.: 47). Diese Form der Entscheidungsprozesse nimmt allerdings nicht nur in Chiapas viel Zeit in Anspruch und anstatt einen genuin »indigenen« Ansatz zu kolportieren wäre es nutzbringender, auf die vergleichende Perspektive mit Selbstorganisationsformen in anderen Teilen der Welt zu fokussieren, wie es z. B. Graeber vorschlägt (Graeber 2004). Dazu wäre eine ethnographische Analyse (oder militante Untersuchung) der Organisationsformen notwendig, deren theoretischer Rahmen von anarchistischen Zugängen abgedeckt werden könnte. Mein Vorschlag geht also wie erwähnt in die Richtung, das Konzept einer radikalen

Demokratie mit anarchistischer Demokratietheorie, die auf konkreten Praktiken aufbaut, aufzufüllen.

Die Sozialwissenschaften als Instrumente der Kritik?

Abschließend soll die Frage diskutiert werden, welchen Beitrag sozialwissenschaftliche Theorie zu politischer Praxis leisten kann oder besser gesagt: sollte. Dabei sind zweierlei Beiträge vorstellbar: einerseits die hier hauptsächlich beschriebenen konkreten militanten und meist ethnographischen Untersuchungen, mit denen Organisationsstrategien und Subjektivierungsformen in den Blick genommen werden, andererseits ein Abstecken der Rahmenbedingungen, in denen sich die verschiedenen Formen der Kritik bewegen. Wissenschaft kann hier einen Beitrag zur politischen Praxis leisten, da es »für die Entwicklung von Strategien hilfreich [ist] sich der eigenen Handlungsbedingungen zu vergewissern« und »theoretisches Wissen bzw. theoriegeleitete Zeitdiagnosen« dazu notwendig sind (Brand 2005: 288).

Für MayDay, sowie für andere politische Initiativen, die nach einem direktdemokratischen und konsensualen Prinzip organisiert sind, kann somit die Frage gestellt werden, wie weit direktdemokratische Aushandlungsprozesse in einer hierarchischen Gesellschaft überhaupt möglich sind. Durch militante ethnographische Forschung in den genannten Kontexten könnten SozialwissenschaftlerInnen in Kooperation mit AktivistInnen dieser Frage nachgehen. Es liegt darüber hinaus nahe, die oben genannten Organisations-Strategien als kollektive Lernprozesse zu betrachten, die einerseits auf Gruppenprozesse verweisen, andererseits auf politische Subjektivierungen. Die politischen Subjektivierungsformen von ProtagonistInnen können mit Laclau als Ergebnis unterschiedlicher Subjektpositionen definiert werden (Laclau 1999, 2002), wobei wichtig ist, dass sich – so meine These – diese Positionen durch die direktdemokratische Form des Engagements noch einmal verändern, womit die Frage nach der Möglichkeit einer emanzipatorischen Bewusstseinsveränderung durch politisches Engagement und v. a. durch die direkt- und konsensdemokratische Form desselben gestellt wird (vgl. auch Holloway 2006 a, b).

Der Anspruch einer kritischen und politischen Sozialwissenschaft sollte es also sein, verschiedene Formen des Widerstandes zu stärken und auch kritisch zu hinterfragen. Dazu stellt sich allerdings die Frage, ob die disziplinären Voraussetzungen für ein solches Vorhaben gegeben sind, was im Anschluss an Foucault (1974, 1977), der die Entwicklung der Sozialwissenschaften als Herrschaftsinstrument thematisiert, bezweifelt werden kann. Die Human- und Sozialwissenschaften etablierten sich nach der Aufklärung verstärkt im Zuge der europäischen nation-building-Prozesse (Diekmann, 1995) und entstanden damit in einer geschichtlichen Epoche, in der effizientere Mittel zur Kontrolle einer immer größeren Anzahl von Personen entwickelt werden mussten: »Es gibt gar keinen Zweifel, dass das historische Auftauchen der Humanwissenschaft sich anlässlich eines Problems, einer Forderung, einer Hinderung theoretischer oder praktischer *Ordnung* vollzogen hat« (Foucault 1974: 414). Ein Blick auf die Geschichte der Soziologie zeigt wenig überraschend, dass die Entwicklung systematischer Datensammlung ebenfalls stark mit Machtausübung zusammen hängt – die ersten Formen der Volkszählung in Ägypten und Griechenland beispielsweise wurden aus zwei Hauptgründen durchgeführt: Steuern und Soldaten (Diekmann 1996: 77). Die neu entstehenden Human- und Sozialwissenschaften ent-

wickelten sich also als Instrument zur Kontrolle der Bevölkerung und leisteten so ihren Beitrag zur Veränderung der Machttechniken, die den Übergang von der »soveränen Macht« zur »Bio-Macht« einleiteten (Foucault 2001). Die damit entstehende Bio-Politik setzt sich aus einem Instrumentarium verschiedenster Machtformen und -techniken zusammen, die Ordnung und Disziplin schaffen und erhalten sollen. So beschreibt Foucault die Funktionsweise des im 18. Jahrhundert entstehenden »Disziplinarraumes« (später dann: »Kontrollraum«) folgendermaßen: »Es geht gegen die ungewissen Verteilungen, gegen das unkontrollierte Verschwinden von Individuen, gegen ihr diffuses Herumschweifen, gegen ihre unnütze und gefährliche Anhäufung: eine Antidesertions-, Antivagabondage-, Antiagglomerationstaktik« (Foucault 1976: 183). »Vagabondage« ist dabei als ein Konzept zu verstehen, mit dem fluktuierende, widerständige Praktiken gemeint sind, die widerständige Subjektivierungsformen implizieren bzw. hervorbringen. Damit entspricht sie z. T. Praxis- und Subjektivierungsformen, die in neuen sozialen Bewegungen entstehen. Lokale widerständige Praktiken und Individuen gegen den postfordistischen Kapitalismus sind darin ebenso eingeschlossen wie transnationale Netzwerke wie z. B. die MayDay-Netzwerke, Sozialforen als temporär entstehende Vernetzungsplattformen, solidarökonomische Netzwerke, etc..

Klarerweise stellt sich für politische AktionsforscherInnen die Frage, ob die Entstehungslogik der Disziplinen nicht auch epistemologische Spuren hinterlässt und tatsächlich lassen sich solche Spuren der oben beschriebenen Logik der Ordnung und Einteilung beobachten, ebenso wie eine sehr spärliche Vernetzung universitärer wissenschaftlicher Forschung mit politischer Aktion. Einen Ausweg können militante Untersuchungen bzw. politische Aktionsforschung bieten. Deren Anspruch, die Funktionsweise der Sozialwissenschaften kritisch zu hinterfragen, um in der Lage zu sein, diese – wenn nötig – zu überwinden und »Anti-Wissen« zu produzieren, sollte also am Anfang politischer Forschung stehen und verweist auch auf den potenziellen Beitrag zur Bildung von »Äquivalenzketten« (Mouffe/Laclau 1985). Die Fragen, die sich politische AktionsforscherInnen also stellen müssen, sind folgende: Welche Forschungsstrategien können angewendet werden, um »Anti-Wissen« zu produzieren (oder ob dies prinzipiell möglich ist)? Und zweitens: welche Veröffentlichungskanäle sollten genutzt bzw. geschaffen werden?

Einen Hinweis geben Graeber/Shukaitis (2007), die mit »Constituant Imagination« einen Sammelband zu militanten Untersuchungen herausgaben. Militante Untersuchungen sind eine Form politischer Aktionsforschung, deren ausschließlicher Zweck die Stärkung politischer Kämpfe in Kooperation mit den AktivistInnen/Betroffenen ist. Einer militanten Untersuchung liegt damit eine andere Epistemologie zugrunde als »klassischen« sozialwissenschaftlichen und hier v. a. ethnographischen Zugängen, welche die Forscherin als möglichst außerhalb der Untersuchungsfeldes stehend betrachten und als die Person, die Licht ins Dunkel der beforschten sozialen Praktiken bringen kann. Ethnographie im soziologischen Diskurs zielt auf eine »Verfremdung« des eigenen ab, mit der u. a. latente Sinnstrukturen, die den Handlungen der untersuchten Personen zugrunde liegen, offengelegt werden sollen – ein Zugang, der Menschen tatsächlich zu Objekten der Forschung macht (vgl. Hirschauer 1997). Diese Forschungslogik wurde zwar kritisch hinterfragt, v. a. die Interaktion der Forscherin mit dem Untersuchungsfeld teilweise expliziert und die Forscherin als Person »von außerhalb« dekonstruiert. Militante Untersuchungen gehen aber noch einen

Schritt weiter als die reine Dekonstruktion traditioneller epistemologischer Grundsatzüberlegungen: »Militant research is not a specialized task, a process that only involves those who are traditionally thought of as researchers. It is intensification and deepening of the political. Militant research starts from the understandings, experiences, and relations generated through organizing, as both a method of political action and as a form of knowledge« (Graeber/Shukaitis 2007: 9). Eine zweite wichtige Komponente dieses Forschungszuganges ist die Frage der Verbreitung der Forschungsergebnisse. Auch hier ist der wichtigste Anspruch, dass die Ergebnisse politischer Arbeit nutzen sollen, was eine außeruniversitäre Verbreitung der Ergebnisse voraussetzt. Graeber/Shukaitis beenden die zitierte Kurzbeschreibung des Ansatzes militanter Untersuchungen daher auch mit folgender Aufforderung: »individuals and groups are encouraged to send their stories and experiences of conducting militant research to info@constituentimagination.net« (ebd. 9).

Auch die Forschungsplattform »precarity-map«, entstanden im europäischen MayDay-Netzwerk, stellt einen Versuch dar, die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Initiativen zu stärken, die sich an dem »Prozess der Wiederaneignung des 1. Mai von unten beteiligt haben und beteiligen, um dadurch einen Raum für die Auseinandersetzung mit Prekarisierung zu eröffnen« (<http://www.precarity-map.net/>). Hierzu zählen nicht nur MayDay-Gruppierungen und militanten Forschungsgruppen, sondern auch soziale Zentren, Medieninitiativen, Gewerkschaften etc. – und auch hier steht die Frage nach der Bildung von Äquivalenzketten im Raum.

Politische Aktionsforschung kann also einerseits auf einer diagnostischen Ebene beitragen, darüber hinaus aber auch die Frage der Organisationsstrategien in den Blick nehmen. Um sich des epistemologischen Erbes der Sozialwissenschaften als Herrschaftsinstrument so weit als möglich zu entledigen, bieten sich militante Untersuchungen in Verbindung mit der Öffnung außeruniversitärer Publikationskanäle an. Die Strategie einer konsequenten Vernetzung von sozialwissenschaftlicher Forschung und politischer Aktion in Form von militanten Untersuchungen bzw. politischer Aktionsforschung soll also politischer Praxis Theorie zur Verfügung stellen. Einerseits gilt dies für die direkte Aktionsforschung, andererseits kann dieses Vernetzungskonzept genauso bei rein theoretischen Auseinandersetzungen mit den Handlungsbedingungen von Widerständigkeit(en) im Postfordismus angewendet werden.

Literatur

- Brand, Ulrich (2005) Philosophie der Praxis als ›Strukturwissen‹ emanzipativen Handelns. Zur unterschätzten Bedeutung institutioneller Herrschaft, in: DemoPunk / Kritik und Praxis Berlin (Hg.) Indeterminate Kommunismus, Münster, S. 278-301
- Burnicki, Ralf (1998) Anarchie als Direktdemokratie. Selbstverwaltung, Antistaatlichkeit. Eine Einführung in den Gegenstand der Anarchie, Moers
- Burnicki, Ralf (2002) Anarchismus und Konsens; Gegen Repräsentation und Mehrheitsprinzip: Strukturen einer nichthierarchischen Demokratie, Frankfurt am Main
- Burnicki, Ralf (2005) Anarchismus und Konsens. Konsens als Entscheidungsbeispiel für eine herrschaftslose »postmoderne« Gesellschaft, in: Mümken, Jürgen (Hg.) Anarchismus in der Postmoderne. Beiträge zur anarchistischen Theorie und Praxis, Frankfurt am Main, S. 53-63
- Castoriadis, Cornelius (1974) Arbeiterräte und Selbstverwaltung, Frankfurt am Main
- Castoriadis, Cornelius (1990a) Sozialismus und autonome Gesellschaft, in: Rödel, Ulrich (Hg.) Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt am Main, S. 329-357

- Castoriadis, Cornelius (1990b) Die griechische Polis und die Schaffung der Demokratie, in: Rödel, Ulrich (Hg.) *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main, S. 298-329
- Critchley, Simon (2005) »Come build in the empty House of State«, in: *DemoPunk/ Kritik und Praxis Berlin* (Hg.) *Indeterminate Kommunismus*, Münster, S. 96-104
- Della Porta, Donatella/ Diani, Mario (2006) *Social Movements. An Introduction*, Oxford
- Demirovic, Alex (2005) Radikale Demokratie und der Verein freier Individuen, in: *DemoPunk/ Kritik und Praxis Berlin* (Hg.) *Indeterminate Kommunismus*, Münster, S. 56-68
- Diekmann, Andreas (1995) *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Reinbek bei Hamburg
- Foucault, Michel (1974) *Die Ordnung der Dinge*, Frankfurt am Main
- Foucault, Michel (1976) *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt am Main
- Foucault, Michel (1977). *Die Ordnung des Diskurses*, München
- Foucault, Michel (1985) *Freiheit und Selbstsorge*, Frankfurt am Main
- Foucault, Michel (2001) *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76)*, Frankfurt am Main
- Fuchs, Christian (2001) *Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus. Gesellschaftliche Verhältnisse heute und Möglichkeiten zukünftiger Transformationen*, Die Deutsche Bibliothek
- Graeber, David (2004) *Fragments of an Anarchist Anthropology*, Chicago
- Graeber, David / Shukaitis, Stephen (2007) Introduction, in: Graeber, David / Shukaitis, Stephen (Hg.) *Constituent Imagination. Militant Investigations // Collective Theorization*, Oakland, S. 11-37
- Hirschauer, Stefan / Amann, Klaus (1997) *Die Befremdung der eigenen Kultur. Zur ethnographischen Herausforderung soziologischer Empirie*, Frankfurt am Main
- Holloway, John (2006a) *Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen*, Münster
- Holloway, John (2006b) *Die zwei Zeiten der Revolution. Würde, Macht und die Politik der Zapatistas*, Wien
- Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal (1991) *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien
- Laclau, Ernesto (1999) *Dekonstruktion, Pragmatismus, Hegemonie*; in: Mouffe, Chantal (Hg.) *Dekonstruktion und Pragmatismus: Demokratie, Wahrheit und Vernunft*, Wien, S. 111-153
- Laclau, Ernesto (2002) *Emanzipation und Differenz*, Wien
- Lefort, Claude (1990) *Die Frage der Demokratie*, in: Rödel, Ulrich (Hg.) *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt am Main, S. 281-298
- Marchart, Oliver (2004) *New Protest Formations and Radical Democracy*, in: *Peace Review* 16:4, S. 415-420
- Marchart, Oliver (2005) *Don Alejandros Problem. Zum Verhältnis von Souveränität, Repräsentation und radikaler Demokratie*, in: *DemoPunk / Kritik und Praxis Berlin* (Hg.) *Indeterminate Kommunismus*, Münster, S. 68-96
- Watson, Ben (2005) *Kritik und Utopie*, in: *DemoPunk/ Kritik und Praxis Berlin* (Hg.) *Indeterminate Kommunismus*, Münster, S. 301-313

Anmerkungen

- 1 Das Hegemoniekonzept geht zurück auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci und bezeichnet den Prozess der Artikulation politischer Standpunkte und deren diskursive Durchsetzung als gesamtgesellschaftliches Interesse. Anders formuliert handelt es sich also um Artikulationsprozesse, durch die ein »gemeinsamen Nenner« heterogener politischer Standpunkte geschaffen wird. Politische Hegemonie kann dabei nur durch die gleichzeitige Erlangung kultureller Hegemonie erreicht und erhalten werden, daher spielen sich die Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Hegemonie auch auf zivilgesellschaftlichem Terrain ab.
- 2 Militante Untersuchungen sind als politische Aktionsforschung in Interaktion mit den beforchten politischen ProtagonistInnen zu bezeichnen, das Konzept wird im letzten Teil des Artikels aber noch ausführlicher dargestellt.

- 3 Dieser Begriff steht für die Debatten innerhalb der wissenschaftlichen »Diskursgemeinschaft«, welche durch Ausschluss von nicht Anerkanntem dafür sorgen, dass die jeweils geteilten Standards eingehalten werden und kein Platz für Gegendiskurse bleibt (vgl. Foucault 1977: 14).

planet^o

zeitung der grünen bildungswerkstatt

<http://planet.gruene.at>
gratis-probenummer bestellen:
planet@gruene.at